



Presseschau vom 07.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

Scott Ritter: In der Ukraine-Krise ist der "heilige" Artikel 5 der NATO ein Pakt zum Selbstmord

In einer kürzlich abgehaltenen Pressekonferenz anlässlich des Besuchs des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán in Moskau sprach der russische Präsident Wladimir Putin über die NATO-Osterweiterung und die möglichen Folgen eines Beitritts der Ukraine zum transatlantischen Bündnis. ...

<https://kurz.rt.com/2t5r>

Sasha Nagiba: Wer sind die bewaffneten US-Amerikaner, die in den Schützengräben der Ostukraine operieren?

Im von Kiew kontrollierten Teil des Donbass operieren zahlreiche Ausländer in Kampfanzügen und mit Militärausrüstung. Unter ihnen befinden sich auch Angehörige der "Forward Observations Group", einer zwielichtigen US-amerikanischen Organisation von Militärfans. ...

<https://kurz.rt.com/2sv6>

Dagmar Henn: Deutsche Welle: "Ausgewogener Journalismus" oder doch Propaganda?

Auslassung wichtiger Informationen, Verwendung von zweifelhaften Quellen, das sind zwei Merkmale, die Propaganda von Journalismus unterscheiden. Wie steht es da mit der

"Deutschen Welle"? Ein Blick auf einige aktuelle Beiträge. ...

<https://kurz.rt.com/2t5s>

Christian Harde: **"Beeinträchtigungen der inneren und äußeren Sicherheit" – die MABB und ihr Vorgehen gegen RT DE**

Mit der Unabhängigkeit der inzwischen bundesweit zu einiger Bekanntheit gelangten "Medienanstalt Berlin-Brandenburg" scheint es doch nicht ganz so weit her zu sein. Dies legen ausgerechnet offizielle Dokumente der Behörde selbst nahe, die vor Kurzem zugänglich geworden sind. ...

<https://kurz.rt.com/2t5c>

Gert-Ewen Ungar: **Der isolierte Westen – Die Tagung des UN-Sicherheitsrats zur Ukraine**

In der von den USA beantragten Sitzung des UN-Sicherheitsrates zur Ukraine-Krise zeigt sich die Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Der Westen ist isoliert. Er wird zudem zur Einhaltung völkerrechtlich bindender Abkommen und Achtung des Völkerrechts aufgerufen.

...

<https://kurz.rt.com/2t6c>

abends/nachts:

snanews.de: **Indien genehmigt russischen Corona-Impfstoff „Sputnik Light“**

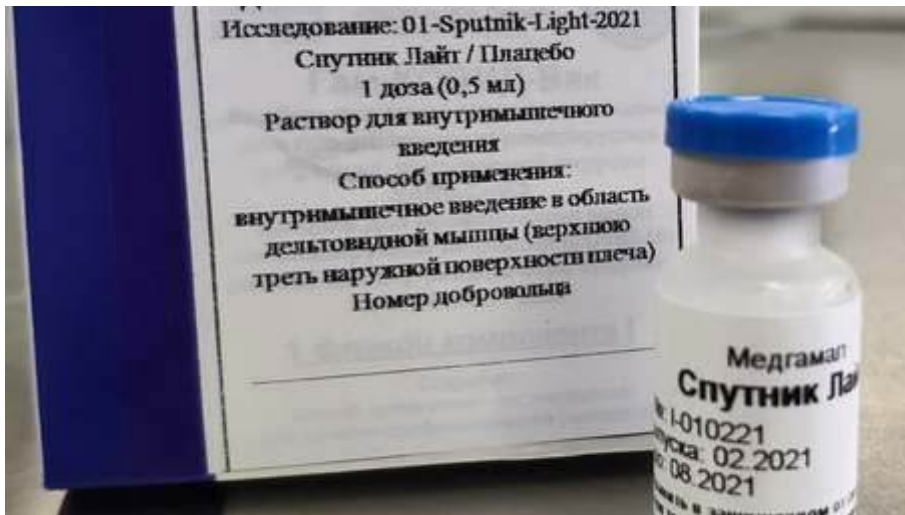
Der Einkomponenten-Impfstoff Sputnik Light gegen das Coronavirus ist nach Angaben des Russischen Direktinvestitionsfonds (RDIF) in Indien zugelassen worden.

Der Impfstoff sei durch den Drug Controller General of India (DCGI) registriert worden, teilte der RDIF am Sonntag mit.

„Die Zulassung von Sputnik Light ist ein weiterer wichtiger Schritt im erfolgreichen gemeinsamen Kampf von Russland und Indien gegen das Coronavirus. Sputnik Light hat sich sowohl als Einzelimpfstoff als auch als Auffrischungsimpfung, die im Vergleich zur wiederholten Impfung mit dem gleichen Vakzin eine stärkere Immunreaktion hervorruft, als sicher und wirksam erwiesen. Boosten mit Sputnik Light ist der Schlüssel zur Erhöhung der Wirksamkeit und Wirkungsdauer anderer Impfstoffe, auch gegen die Omicron-Variante“, sagte der RDIF-Chef Kirill Dmitriev.

Damit ist Sputnik Light in mehr als 30 Ländern mit einer Gesamtbevölkerung von mehr als 2.5 Milliarden Menschen zugelassen. Eine Reihe von Ländern, darunter Argentinien, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate, San Marino und die Philippinen, haben Sputnik Light bereits als universellen Booster zugelassen.

„Sputnik Light“ ist die erste Komponente des weltweit ersten Corona-Impfstoffs „Sputnik V“, der auf einer adenoviralen Plattform basiert. Klinische Studien und Daten zur Impfung der Bevölkerung in vielen Ländern haben die hohe Sicherheit und Wirksamkeit von Sputnik Light sowohl als Einzelimpfstoff als auch als universelle Auffrischungsimpfung gezeigt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/05/1f/2313338_0:889:2048:2041_1920x0_80_0_0_583c56cb24544a754fdd75f25bb81787.jpg

de.rt.com: **Ukrainischer Verteidigungsminister: Keine unmittelbare Bedrohung durch Russland**

Seit einigen Tagen kommen auch aus Kiew Signale der Deeskalation. Der ukrainische Verteidigungsminister Resnikow betonte nun zum wiederholten Mal, dass Kiew keine unmittelbare militärische Bedrohung aus Russland sieht. Auch die Ukraine bereite keinen Angriff auf den Donbass vor.

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow hat in einem am Sonntag veröffentlichten Interview mit der italienischen Zeitung La Repubblica erklärt, er sehe keine unmittelbare militärische Bedrohung durch Russland. Dies meldete nach übereinstimmenden Berichten die russische Nachrichtenagentur TASS.

Der ukrainische Verteidigungsminister wird folgendermaßen zitiert:

"Früher oder später könnte diese [angebliche Invasion] stattfinden, aber es besteht kein unmittelbares Risiko."

Mit Blick auf die "Prognosen" einiger westlicher Geheimdienste zu einem wahrscheinlichen Invasionstermin betonte der Minister: "Erst war von Januar die Rede, jetzt von Februar. Und schon spricht jemand vom Frühling". Und er fügte hinzu:

"Wir werden nicht kämpfen. Aber wenn wir angegriffen werden, werden wir das erwartet und uns vorbereitet haben."

Resnikow versicherte auch, dass Kiew keinen Angriff auf die Krim, Lugansk und Donezk vorbereite. Er erklärte:

"Wir werden nicht angreifen: Auf der Krim, in Lugansk und Donezk leben Ukrainer, die in Gefahr wären."

Treffen der Präsidenten?

Auf die Frage nach einem möglichen Treffen zwischen dem russischen und dem ukrainischen Präsidenten, Wladimir Putin und Wladimir Selenskij, bejahte der Minister diese Frage:

"Ich denke, ja [das Treffen ist möglich]. Aber wir brauchen eine Vermittlung. Vor allem jedoch Garantien für die Einhaltung der Vereinbarungen."

Resnikow ist der Meinung, das Normandie-Format sei eine gute Plattform, die allerdings modifiziert werden müsse. Er glaubt auch, dass Genf, Berlin oder Warschau der Austragungsort dafür sein könnten. Istanbul könne aber ebenso als Plattform dienen, erklärte der Minister mit Blick auf das Angebot des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan, ein Treffen zwischen Putin und Selenskij zu vermitteln.

Sowohl seitens der westlichen Länder als auch von Kiew waren in letzter Zeit vielfach Behauptungen über einen möglichen russischen Einmarsch in ukrainisches Gebiet zu hören.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete diese Informationen als eine leere und unbegründete Eskalation der Spannungen. Peskow betonte, dass Russland keine Bedrohung für irgendjemanden darstelle. Gleichzeitig schloss er die Möglichkeit von Provokationen zur Rechtfertigung solcher Erklärungen nicht aus. Er warnte, dass Versuche, die Krise im Südosten der Ukraine mit Gewalt zu lösen, schwerste Folgen haben würden.

Bereits am 3. Februar hatte Resnikow in Kiew bei einem Briefing eine ganz ähnliche Erklärung abgegeben, wie die russische Agentur RIA Novosti meldete:

"Die Ukraine plant weder im Donbass noch auf der Krim eine Offensive. Wir sprechen nur über eine politische und diplomatische Plattform zur Lösung dieses bewaffneten internationalen Konflikts mit Russland. Ich möchte auch alle in Moskau beruhigen: Niemand hat vor, heute irgendjemanden zu erobern, denn es geht um Menschenleben, vor allem um das **Beschwichtigende Töne auch aus dem Kiewer Präsidialamt**

Ähnlich deeskalierende Töne kommen auch aus dem Umfeld des ukrainischen Präsidenten. So erklärte Michail Podoljak, ein Berater im ukrainischen Präsidialamt, gegenüber der ukrainischen Nachrichtenagentur Ukrinform, man beobachte zwar weiterhin eine russische Truppenkonzentration – wie es heißt – "an der ukrainischen Grenze". Aber die Situation sei "unter Kontrolle".

Darüber hinaus sollte unter anderem ein "ausgewogener Ton in den Medien" beachtet werden, meinte der Berater. Sanktionen und der diplomatische Druck auf Moskau müssten indes fortgesetzt werden.

"Neue Berichte in einer Reihe von Medien, wonach sich mindestens 100.000 russische Soldaten in der Nähe der ukrainischen Grenzen befinden und der Truppenaufmarsch weitergeht, beweisen, dass frühere alarmistische Berichte über eine neue Eskalation gegen die Ukraine Ende Dezember oder in der ersten Januarhälfte nicht zutrafen. Dies beweist, dass unsere Forderungen nach Ausgewogenheit und Vermeidung eines alarmistischen Tons in den Medien richtig sind."

Ebendiese Situation bestehe "bereits seit mehreren Jahren" und gebe "keine sicheren Hinweise" darauf, ob Russland "entscheidende Schritte für eine umfassende Invasion" unternehme.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6200041eb480cc4cb13c730c.jpg>

wpered.su: In den Petrowskij-Bezirk von Donezk wurde humanitäre Hilfe aus Russland gebracht

Vertreter der Organisation der KP der DVR im Petrowskij-Bezirk von Donezk, der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger der Donbass, der gesellschaftlichen Bewegung „Frauenverband – Nadeshda Donbassa“ brachten humanitäre Hilfe in die Schule Nr. 110 und den Kindergarten Nr. 345, die sich im Petrowskij-Bezirk befinden. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Außerdem erhielten im Petrowskij-Bezirk Familien von Soldaten Spielzeug und Kinderkleidung und die Kinder süße Geschenke. Die humanitäre Hilfe war von der KPRF und dem Allrussischen Frauenverband „Nadeshda Rossii“ insbesondere der Organisation in Choroschowskij gesammelt worden.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2022/02/Petrovskiy.jpg>

de.rt.com: **Kanzler Scholz lehnt Waffenlieferungen an Ukraine weiter ab**

Kurz vor seinem Besuch bei US-Präsident Biden betonte Bundeskanzler Olaf Scholz in einem "ARD"-Interview, die Bundesregierung werde auf dem Kurs bleiben, "keine letalen Waffen in die Ukraine zu liefern". Von der US-Regierung wird diese Haltung kritisiert. Die USA drohen zudem mit einem Aus für Nord Stream 2.

Bundeskanzler Olaf Scholz lehnt deutsche Waffenlieferungen an die Ukraine weiterhin strikt ab. In der ARD-Sendung "Bericht aus Berlin" äußerte der SPD-Politiker am Sonntag, kurz vor dem Abflug zu seinem Antrittsbesuch bei US-Präsident Joe Biden:

"Die Bundesregierung hat seit vielen Jahren einen klaren Kurs: Dass wir nicht in Krisengebiete liefern, und dass wir auch keine letalen Waffen in die Ukraine liefern."

Mit Blick auf Ex-Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ergänzte er:

"Das hat schon meine Vorgängerin so gehalten, und das war richtig. Und das bleibt auch richtig."

Scholz betonte, die Mehrheit der Deutschen sehe das genauso. Zwar gebe es in der Öffentlichkeit andere lautstarke Äußerungen. Der Bundeskanzler betonte jedoch:

"Meine Verpflichtung ist, das zu tun, was im Interesse des deutschen Volkes ist und was in diesem Fall ja auch die Sicht der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ist."

Dem Kanzler wird von osteuropäischen NATO-Partnern – aber auch vonseiten der USA – vorgeworfen, Russland in der Ukraine-Krise zu wenig unter Druck zu setzen. Insbesondere die Weigerung Deutschlands, Waffen an die Ukraine zu liefern, wird in Washington scharf kritisiert.

Kurz vor Scholz' Ankunft in den USA verstärkte Washington erneut die Drohkulisse gegen Russland. Die US-Regierung unter Präsident Joe Biden betonte, sollte es zu einer Invasion Russlands gegen die Ukraine kommen, werde dies zu einem Aus für die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 2 führen. Jake Sullivan, der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten Joe Biden erklärte gegenüber dem Sender NBC am Sonntag:

"Wenn das geschieht, wird Nord Stream 2 nicht weitergeführt."

Auf die Frage, ob Bundeskanzler Olaf Scholz eine solche Maßnahme bei seinem Antrittsbesuch in Washington am Montag öffentlich zusichern werde, antwortete Sullivan: "Ich werde den deutschen Kanzler für sich selbst sprechen lassen."

Der Berater machte auch keine Angaben dazu, ob die Bundesregierung der US-Regierung eine Zusage für ein Aus für Nord Stream 2 im Falle einer Eskalation gegeben habe. Er wolle sich nicht zu "diplomatischen Diskussionen" mit Deutschland äußern, sagte er.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/61fffd31b480cc4c9d2db727.jpg>

vormittags:

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 6. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: Baerbock reist in die Ukraine – Waffenforderungen heikles Thema

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock kommt an diesem Montag in die Ukraine. Bei ihrem zweitägigen Besuch wird die Grünen-Politikerin in Kiew Staatschef Wladimir Selenski und Außenminister Dmitri Kuleba treffen. Mit Spannung wird erwartet, wie sie sich zu den ukrainischen Bitten um Waffen äußert.

In der vergangenen Woche hatte die Ukraine eine Wunschliste für Waffenlieferungen nach Berlin geschickt. Darin bat die ehemalige Sowjetrepublik um Flugabwehr-Raketensysteme mittlerer Reichweite und tragbare Flugabwehr-Raketensysteme. Auch Anti-Drohnen-Gewehre, Mikrowellen-Zerstörungssysteme, elektronische Ortungssysteme, Nachtsichtgeräte, Überwachungskameras und Munition standen auf der Liste, die an das Außen- sowie das Verteidigungsministerium verschickt wurde.

Hintergrund waren Berichte über einen angeblich bevorstehenden militärischen Einmarsch Russlands in die Ukraine, die Moskau vehement dementiert. Aus deutschen Regierungskreisen hieß es, die Anfrage werde derzeit geprüft. Sie sei nach Erkenntnissen der Regierung an mehrere westliche Partner der Ukraine gerichtet worden.

Die deutsche Regierung lehnt Lieferungen in Krisengebiete bisher strikt ab. Kanzler Olaf Scholz, der zum Antrittsbesuch in den USA ist, hatte kurz vor seinem Abflug, der Lieferung von Waffen an die Ukraine eine klare Absage erteilt. „Die Bundesregierung hat seit vielen Jahren einen klaren Kurs, dass wir nicht in Krisengebiete liefern und dass wir auch keine letalen Waffen in die Ukraine liefern“, sagte der SPD-Politiker am Sonntag.

Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, bekräftigte hingegen die Forderungen Kiews. „Wir brauchen modernste Waffen. Deutschland kann das liefern“, sagte der Diplomat am Sonntagabend in der ARD-Sendung „Anne Will“.

Baerbock war bereits im Januar in der Ukraine. Bei der jetzigen Reise will sie unter anderem ein von Deutschland mitfinanziertes Militärkrankenhaus in Kiew besuchen. Am Dienstag will Baerbock in den Osten der Ukraine reisen, wo sie die Frontlinie im Konfliktgebiet Donbass besichtigen will.

Bei dem seit 2014 andauernden Konflikt zwischen Kiew und den beiden abtrünnigen „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk wurden im Donbass nach UN-Schätzungen mehr als 14.000 Menschen bei Kämpfen getötet. Unter Vermittlung der Minsker Kontaktgruppe vereinbarten die Konfliktparteien bereits dreimal einen Waffenstillstand, der jedoch nie eingehalten wurde.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/14/5068562_0:0:2963:1668_1920x0_80_0_0_1cc077c61383fd25f75fedd5e1437747.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 6. Februar 3:00 Uhr bis 7. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK fünf Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung folgender Ortschaften: **Werchnetorezkoje (jushnoje), Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Wesjoloje, Leninskoje, Kominternowo.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, **starb ein Verteidiger der Donezker Volksrepublik durch Scharfschützenfeuer.** Wir sprechen den Verwandten und Freunde des Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 22.

de.rt.com: Washington: Neue Truppen wurden nicht zum Schutz der Ukraine vor Russland nach Europa entsandt

Am Sonntag haben die USA erneut eine ernste Warnung an Russland ausgesprochen. Man bestand jedoch darauf, dass die nach Europa geschickten US-Streitkräfte "nicht zur Bekämpfung der russischen Streitkräfte in der Ukraine" entsandt worden seien.

Während eines Auftritts in der ABC-Sendung The Week wiederholte der Nationale Sicherheitsberater des Weißen Hauses Jake Sullivan die Aussagen mehrerer Vertreter der US-Regierung und behauptete, eine russische Invasion in der Ukraine könne "bereits morgen" stattfinden. Dies, obwohl Moskau derartige Behauptungen wiederholt zurückweist.

Sullivan betonte jedoch, dass die Entsendung von 1.700 US-Soldaten nach Polen, die Teil eines 3.000 Mann starken Aufgebots in Europa sind, nicht darauf abziele, die Spannungen in der Region zu verschärfen – was die Ukraine selbst dem Westen in den vergangenen Wochen

vorgeworfen hat.

Die entsandten Truppen, so Sullivan, seien "nicht zum Kampf gegen russische Truppen in der Ukraine" geschickt worden. Sie seien dazu da, die "NATO-Verbündeten zu verteidigen und eine klare Botschaft" an Russland zu übermitteln, dass eine Aggression gegen diese Verbündeten eine "scharfe Antwort" mit sich bringen werde.

Sullivan erklärte, es bestehe eine "sehr deutliche" Möglichkeit, dass Russland in die Ukraine einmarschieren werde, vielleicht sogar "schon morgen".

Kiew warnt vor rhetorischen Äußerungen über die Möglichkeit eines Konflikts in der Ostukraine, wo sich die Truppen des Landes seit dem Jahr 2014 in einer Pattsituation mit den beiden selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk befinden. Der ukrainische Präsidentenberater Michail Podoljak verkündete in einer Erklärung vom Sonntag, die "Chance auf eine diplomatische Lösung zur Deeskalation" sei in der Region "wesentlich höher als eine weitere Eskalation".

Als Reaktion auf die Befürchtungen einer Aggression Russlands gegen die Ukraine hat US-Präsident Joe Biden in dieser Woche Tausende von Soldaten nach Polen, Deutschland und Rumänien beordert. Vertreter der US-Regierung bestehen darauf, dass Russland nun schon 70 Prozent seiner Streitkräfte für einen Angriff bereithalte. Russland bestreitet die Behauptungen und beschuldigt die USA, die Spannungen durch die Entsendung von Truppen nach Osteuropa zu verschärfen. Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte vergangene Woche:

"Es ist offensichtlich, dass dies keine Schritte sind, die auf eine Deeskalation der Spannungen abzielen, sondern im Gegenteil Aktionen, die zu einer Verschärfung der Spannungen führen."



<https://cdn.rttomedia.com/deutsch/images/2022.02/article/6200aeb6b480cc0ff24e49d3.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 7. Februar um 9:00 Uhr 23.848 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

1644 Personen sind derzeit erkrankt, 19.015 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 3189 Todesfälle.

snanews.de: Belarus verhängt Transitverbot für Ölprodukte und Düngemittel aus Litauen

Das Verbot von Belarus für den Eisenbahn-Transit von Ölprodukten und Düngemitteln aus Litauen ist am heutigen Montag in Kraft getreten. Damit reagierte Minsk darauf, dass Litauen Ende 2021 seinen Hafen Klaipėda für Belaruskali, einen der weltweit größten Düngemittelexporteure, geschlossen hatte.

Minsk hatte die Einschränkungen der Regierung in Vilnius für Belaruskali als Verletzung der internationalen Verpflichtungen und Teil einer hybriden Aggression kritisiert. Das Außenministerium in Minsk informierte noch am 2. Februar Vilnius über seinen Gegenschritt

– vier Tage vor dem Inkrafttreten der Entscheidung, was den internationalen Regeln entspreche. Das Verbot gilt ab diesem Montag. Belarus betonte dabei, dass es Litauen mehrmals Konsultationen zur Regelung dieser Frage auf Ministerebene vorgeschlagen habe, Vilnius jedoch auf einen Dialog verzichtet habe.

Nach Einschätzung von Belarus transportiert Litauen durch das belarussische Territorium etwa 1,6 Millionen Tonnen Güter, die nun mit belarussischen Gegensanktionen belegt sind – im Wert von mehr als einer Milliarde US-Dollar jährlich.

Die litauische Regierung hat im Januar beschlossen, ab dem 1. Februar den Vertrag über den Transit belarussischer Düngemittel im Einklang mit den US-Sanktionen gegen Belaruskali vom Dezember 2021 einseitig zu kündigen. Der Vertrag entspreche nicht der nationalen Sicherheit Litauens, erklärte die Kommission zur Sicherung von Anlagen, die für die nationale Sicherheit des Landes von Bedeutung sind. Der Vertrag mit Belaruskali wurde 2018 unterzeichnet und sollte eigentlich bis 2023 gelten. Er sah Eisenbahntransit durch Litauen und Verladung von elf Millionen Tonnen belarussischer Düngemittel pro Jahr im Hafen von Klaipeda vor.

US-Sanktionen gegen Belaruskali

In Litauen kam es zu einem Skandal, nachdem die USA Sanktionen gegen Belaruskali verhängt hatten und die Litauische Eisenbahn den Transit belarussischer Produkte durch Litauen fortgesetzt hatte, für die sie bereits eine Vorauszahlung erhalten hatte. Die Leiter des Außenministeriums und des Verkehrsministeriums reichten ihren Rücktritt ein, der Ministerpräsident lehnte dies aber ab. Darüber hinaus trat der Leiter der Lettischen Eisenbahn, Mantas Bartuska, zurück.

Ende 2021 haben die USA, die EU, Großbritannien und Kanada ein neues gegen Minsk gerichtetes Sanktionspaket in Kraft gesetzt. Betroffen waren unter anderem die Fluggesellschaft Belavia und der Düngerproduzent Belaruskali – der zweitgrößte Kaliproduzent der Welt. Kaliexporte sind ein wichtiger Devisenbringer für Belarus. Die USA haben den wichtigsten Kunden von Belaruskali – darunter Indien, China und Brasilien – bis zum 1. April Zeit gegeben, ihre Geschäfte mit dem Unternehmen einzustellen.

Die Beziehungen von Belarus zum Westen hatten sich nach der Präsidentenwahl drastisch verschlechtert. Die EU wirft den Landesbehörden „massive Wahlfälschung und Manipulationen“ vor, weshalb der Westen den amtierenden Präsidenten Alexander Lukaschenko nicht mehr als legitimen Staatschef anerkennt.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/0a/0b/3918668_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_03b41549ef8c35333acdb215e4a77700.jpg

Mzdnr.ru: Am 6. Februar wurden in der DVR keine Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt.

In den letzten 24 Stunden wurden 91 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 23 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 49 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 899 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 363 mit Sauerstoffunterstützung (+13 in den letzten 24 Stunden). Am 7. Februar um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 130.715 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert. 10.617 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 110.524 als gesund entlassen, es gibt 9574 Todesfälle.

de.rt.com: **Lukaschenko: Ukraine könnte Teil des Unionsstaates mit Russland werden**
Washington drängt die Ukraine zum Krieg, Kiew scheint sich aber davor zu hüten, einen Krieg anzufangen, glaubt Alexander Lukaschenko. Der Motor in der Krise seien die USA. Falls keine Fehler gemacht würden, könne die Ukraine wieder an die Seite Russlands zurückkehren.

Schon in etwa 15 Jahren könnte die Ukraine einem Unionsstaat mit Russland und Weißrussland beitreten, wenn während der jetzigen Krise "Fehler" vermieden würden, sagte Präsident Alexander Lukaschenko in einem Interview mit dem YouTube-Kanal Solowjiew Live, das am Sonntag in Teilen in russischen Medien veröffentlicht wurde. Das Hauptproblem sei, erklärte er, dass die gegenwärtige Krise von jenseits des Atlantik geschürt werde. Lukaschenko warf Washington vor, Kiew aktiv in einen Krieg mit Russland zu treiben: "Das ist nur die Essenz des Krieges, über den ihr und wir zur Zeit debattieren: 'Oh, die Ukraine zieht in den Krieg.' Das ist nicht die Ukraine, das sind die Amerikaner, die sie in den Krieg stoßen."

In den vergangenen Monaten haben westliche Spitzenvertreter und Medien wiederholt vor einem vermeintlich drohenden Einmarsch Russlands in die Ukraine gewarnt, ein Vorwurf, den Moskau stets bestreitet. Tatsächliche Beweise, die diese Behauptungen stützen, gibt es nicht. Stattdessen zitieren die Berichte anonyme Quellen und Beobachtungen von Bewegungen russischer Truppen auf russischem Gebiet.

Die Ukraine scheine widerwillig in den Krieg zu ziehen, beobachtete Lukaschenko und bezog sich dabei auf Äußerungen des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij in jüngerer Zeit. Letzterer hatte westlichen Politikern und Medien vorgeworfen, die Spannungen aufzubauschen, und gesagt, sie stellten die Situation so dar, als befände sich sein Land bereits im Krieg mit Russland.

"Obwohl ich es nicht erwartet habe, dass er [Selenskij] sich so verhält, hat er schon angefangen zu schreien 'Nein, nein, es wird keinen Krieg geben, da ist kein Krieg' und so weiter. Jetzt versuchen sie, ihn in seine Box zurückzutreiben und ihn dazu zu bringen, dass er sagt, es wird einen Krieg geben, wir greifen an und so weiter," sagte Lukaschenko und nannte seinen ukrainischen Amtskollegen einen "kopflosen" Mann. Der ukrainische Präsident scheine nicht "die gesamte sowjetische Vergangenheit" zu hassen:

"Er ist eine formlose Person, er hat kein Rückgrat."

Nach der Zukunft der Ukraine befragt, sagte Lukaschenko, das Land könne letztlich nicht nur als Verbündeter enden, sondern als Mitglied des Unionsstaats, der augenblicklich Russland und Weißrussland umfasst.

Der im Jahr 1999 gegründete russisch-weißrussische Unionsstaat sah ursprünglich die Schaffung eines gemeinsamen Kabinetts und Parlaments und eine gemeinsame Gerichtsbarkeit sowie weitere Institutionen vor, was aus zwei Nationen letztlich eine machen würde. Bis jetzt wurde keiner dieser Pläne umgesetzt, aber die beiden Länder verbindet eine tiefe ökonomische und politische Partnerschaft. Im vergangenen Jahr haben Moskau und Minsk Pläne zur weiteren Integration angekündigt. Weitere Länder könnten sich der Organisation ebenfalls anschließen, schlug Lukaschenko vor.

"Wissen Sie, Weißrussland ist schon dort, ich denke, das war eine gute Lektion für

Kasachstan", sagte er in Bezug auf die gewaltsamen Unruhen, unter denen das zentralasiatische Land Anfang Januar litt und die dazu führten, dass die kasachische Regierung um eine kurze Friedensmission der von Russland geführten Organisation für kollektive Sicherheit (CSTO) bat.

"Wenn Sie 15 Jahre sagen, dann bin ich sicher, dass die Ukraine dort sein wird, wenn wir keine Fehler machen," sagte Lukaschenko voraus.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62002cfe48fbef0edd764856.jpg>

Armiyadnr.su: Bericht des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Stand um 10:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden wurden fünf Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In Richtung Donezk haben Kämpfer der 56. Brigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Sirtschenko **Wesjoloje** beschossen, außerdem wurde von den Positionen der 54. mechanisierten Brigade im Gebiet von Marjinka aus die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** in Donezk mit automatischen Granatwerfern beschossen.

In Richtung Gorlowka hat ein Scharfschütze der 25. Luftsturmbrigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Kurasch von den Positionen im Gebiet von Werchnetorezkoje (severnoje) aus zielgerichtet das Feuer auf die Positionen unserer Verteidiger im Gebiet von **Werchnetorezkoje (jushnoje)** eröffnet.

Zu unserem großen Bedauern **starb ein Soldat der Volksmiliz** in Ausübung seiner Pflicht zur Verteidigung der Republik.

In Richtung Mariupol haben Kämpfer der 36. Brigade auf Befehl von Gnatow von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje und Lomakino aus **Leninskoje** und **Kominternowo** mit verschiedenen Arten von Granatwerfern beschossen.

Seit Beginn des heutigen Tages wurde eine Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Kämpfer der 36. Brigade haben von den Positionen in Lomakino aus **Kominternowo** mit Antipanzergrenatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen die Stationierung von zwei Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade in der Nähe von privaten Wohnhäusern in Andrejewka stationiert sind.

de.rt.com: **Macron: "Geopolitisches Ziel Russlands ist nicht die Ukraine, sondern Koexistenz mit der NATO"**

Vor seiner Abreise nach Moskau hat der französische Staatschef Emmanuel Macron darauf hingewiesen, dass Moskaus geopolitisches Ziel nicht die Ukraine, sondern die Frage der Koexistenz mit der NATO und der EU sei. Eine Verschlechterung der Lage solle vermieden werden.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat darauf hingewiesen, dass Russland nicht an einer Invasion in die Ukraine interessiert sei. Er zeigte sich optimistisch, dass er – sofern der Westen zu Zugeständnissen bereit ist – eine Deeskalation der Spannungen um das osteuropäische Land erreichen kann. Der französische Staatschef trifft sich am Montag in Moskau mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin. Vor seiner Abreise nach Moskau erklärte Macron in einem Interview mit der Wochenzeitung Journal du Dimanche: "Das geopolitische Ziel Russlands ist heute eindeutig nicht die Ukraine, sondern die Klärung der Regeln der Koexistenz mit der NATO und der EU."

Russland hat wiederholt gefordert, dass die NATO ihre Osterweiterung in ehemalige sowjetische Gebiete einstellt und beruft sich dabei auf Vereinbarungen, die zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der UdSSR getroffen und seitdem wiederholt verletzt wurden.

In Anspielung auf die Weigerung der USA, die umstrittene "Politik der offenen Tür" der NATO zu beenden, warnte der französische Präsident:

"Wir müssen sehr realistisch sein. Wir werden keine einseitigen Schritte erreichen, aber es ist wichtig, eine Verschlechterung der Situation zu vermeiden, bevor wir Mechanismen und gegenseitige Gesten des Vertrauens aufbauen."

Macron sprach am Sonntag mit US-Präsident Joe Biden über die "laufenden diplomatischen Bemühungen und die Abschreckung" gegenüber Russland. Am Dienstag ist er Gast beim ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij.

Vergangene Woche ordnete Biden die Entsendung von 3.000 US-Soldaten nach Polen, Deutschland und Rumänien an, um einer angeblich geplanten Invasion Russlands in die Ukraine entgegenzuwirken. Moskau bestreitet jedoch strikt, derartige Pläne zu hegen. Während Kiew einige Warnungen vor einer angeblich unmittelbar bevorstehenden Invasion zurückgenommen hat, setzten die USA noch einen drauf, indem sie drohten, Russland aus dem SWIFT-Finanzsystem auszuschließen oder persönliche Sanktionen gegen Putin zu verhängen.



<https://cdn.rtr.de/deutsch/images/2022.02/article/6200e2ecb480cc16e43cddf3.jpg>

Dan-news.info: 2021 wurden in Debalzewo 80 Häuser aus dem privaten Sektor wiederaufgebaut, teilte das Bürgermeisteramt der Stadt mit.

Im Rahmen des Programms sind außerdem im letzten Jahr 267 Mehrparteienwohnhäuser und 18 private Wohnhäuser repariert worden; dort Dächer repariert und Malerarbeiten vorgenommen.

Debalzewo liegt im nördlichen Teil der DVR. Die Stadt wurde 2014 von ukrainischen Truppen eingenommen. Sie wurde am 18. Februar im Rahmen eines gemeinsamen Angriffs der Kräfte der DVR und der LVR befreit. Beim Abzug zerstörten die ukrainischen Streitkräfte eine Reihe von Infrastruktursystemen, einschließlich des größten Eisenbahnknotenpunkts der Region. Insgesamt wurden in der Stadt etwa 80 Prozent der Gebäude zerstört.

snanews.de: **Japan protestiert gegen Russlands Schießübungen im Pazifik**

Japan hat Protest gegen Russlands Schießübungen in der Nähe der Kurileninseln im Pazifik eingelegt. Das teilte Hirokazu Matsuno, Leiter des japanischen Kabinettssekretariats, am Montag mit.

„Russland hat uns über die ab dem 8. Februar geplanten Schießübungen im Raum südöstlich der Insel Kunaschir informiert. In diesem Zusammenhang wurde über diplomatische Kanäle Russland ein Protest ausgedrückt“, sagte Matsuno.

Er bezeichnete die Inselkette als Japans „nördliche Territorien“ und fügte hinzu, dass eine Stärkung russischer Präsenz dort unzulässig sei und der Position Tokios widerspreche. Die Küstenwache Japans warnte Schiffe über eine mögliche Gefahr im betroffenen Raum.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow betonte vor Journalisten am Montag, dass Russland seine Manöver auf eigenem Territorium überall durchführen dürfe, darunter im Fernen Osten.

„Diese Übungen sollen keinesweg/s ein Grund zur Besorgnis unserer Nachbarn werden“, schloss Peskow.

Japan beansprucht seit Jahrzehnten die Inselgruppe für sich und fordert ihre Rückgabe. Aus diesem Grund gibt es zwischen Russland und Japan seit dem Zweiten Weltkrieg immer noch keinen Friedensvertrag. Tokio macht die Unterzeichnung eines Friedensabkommens von der Rückgabe der vier Inseln Kunaschir, Iturup, Schikotan und Habomai abhängig und beruft sich dabei auf einen bilateralen Handels- und Grenzvertrag von 1855, in dem diese Inseln als japanisch anerkannt worden waren.

Der Kreml geht aber davon aus, dass diese Inselgruppe infolge des Zweiten Weltkrieges Teil der Sowjetunion wurde und die Souveränität Russlands über die Inseln außer Frage steht. Inzwischen zeigt Google Maps die Inseln des Kurilen-Archipels im Pazifik als Territorium Russlands an.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/1b/5152683_0:175:3019:1873_1920x0_80_0_0_33721234a037169ee458955922ff3b75.jpg

Armiyadnr.su: **Außerordentliche Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR Oberst E. Basurin**

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt und hat eine Tendenz zur weiteren Verschärfung.

Wir stellen weiter die **Vorbereitung des Gegners auf eine Aggression** gegen die

unabhängigen Republiken fest.

In Richtung Donezk ist die **Ankunft ukrainischer Nationalisten** festzustellen. Am Stationierungsort der 54. mechanisierten Brigade und der 56. Panzergrenadierbrigade sind zwei Einheiten aus Kämpfern des „Rechten Sektors“ mit je 70-80 Mann eingetroffen. Alle Kämpfer haben Erfahrung bei Kriegshandlungen und sind unter Leitung britischer Instrukteure ausgebildet worden. Das Kommando der OOS verteilt die Nationalisten in die Einheiten der 54. und 56. Brigade, die Positionen in der ersten Staffel an den nördlichen und westlichen Zugängen zu Donezk einnehmen.

Das ukrainische Kommando verstärkt nicht einfach seine Gruppierung bei der Hauptstadt der Donezker Volksrepublik, es bildet Sturmgruppen aus ideologisch motivierten Nationalisten, die Kampfhandlungen in der Stadt führen und Aufgaben ungeachtet von Todesfällen in der friedlichen Bevölkerung ausführen sollen.

Im Ergebnis der Arbeit einer Kommission des ukrainischen Generalstabs, die die Bereitschaft der ukrainischen Streitkräfte zu einer Aggression in Donbass überprüft hat, wurde der **Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ vorzeitig abgelöst**. General Tarnawskij wurde in dieser Funktion von dem dem Kiewer Regime ideologisch loyalen General Sodol, dem Kommandeur der Marineinfanterie der ukrainischen Streitkräfte abgelöst. Nach Meinung des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte hat Sodol ausreichend Kampferfahrung, um eine Angriffsoperation durchzuführen.

Außerdem hat die Aufklärung der Volksmiliz der DVR Informationen über die **Ankunft von polnischen Söldnern** in der Zone der sogenannten Operation der vereinigten Kräfte der ukrainischen Streitkräfte erhalten.

Im Gebiet von Popsnaja ist die Anwesenheit von zwei bewaffneten Gruppen mit einer Anzahl von 20 Mann in gemischter Kleidung taktischen Typs festgestellt worden. Bei einer Sekundäraufklärung wurde festgestellt, dass die genannten Personen polnisch sprechen und zur Ausführung von Aufgaben im Verantwortungsbereich der 24. mechanisierten Brigade eingetroffen sind. Ihre Aufgabe ist es, gemeinsam mit Einheiten der ukrainischen Kräfte Spezialoperationen für punktgenaue Diversions- und Terrorakte durchzuführen, die darauf gerichtet sind, Objekte der Lebenserhaltung und der sozialen Infrastruktur außer Betrieb zu setzen und die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern.

Wir meinen, dass die Söldner vor dem Beginn des Angriffs der ukrainischen Armee versuchen werden, Objekten der zivilen Infrastruktur größten Schaden zuzufügen, um uns zu erwidern den Handlungen zu zwingen, die die ukrainische Seite versuchen wird als Anlass für den Beginn von Kampfhandlungen zu nutzen, um sich so in den Augen der Weltgemeinschaft zu rechtfertigen.

Die Polen sind auf dem Territorium der Ukraine unter dem Anschein von Instrukteuren zur Beteiligung an einer Ausbildungs- und Trainingsmission zur Ausbildung ukrainischer Soldaten eingetroffen.

Außerdem haben wir **Informationen über die äußerst ungünstige COVID-Lage in den ukrainischen Truppenteilen** an der Kontaktlinie erhalten. Der kritischste Zustand besteht in der 95. Luftsturmbrigade und der 30. mechanisierten Brigade. Mehr als die Hälfte des Personals dieser Brigaden sind mit der neuen Coronavirusinfektion infiziert, viele in ernstem Zustand. Im Zusammenhang mit dem Fehlen von Medikamenten werden sie nicht behandelt. Mindestens sechs Soldaten starben, diese Sachverhalte werden verheimlicht.

Die Lieferung von tödlichen Waffen durch westliche Länder in die Ukraine geht weiter. Am zynischsten sehen die Aktivitäten der Regierung Polens aus.

Zu Beginn des Jahres, als Polen den Vorsitz in der OSZE übernahm, sagte der Premierminister Mateusz Morawiecki, dass Polen alles Notwendige für Frieden und Sicherheit in Europa tun wird.

Einen Monat später erklärt er offen die Absicht, der Ukraine Munition, Abwehrraketenkomplexe „Grom“ und Drohnen zu übergeben, die übrigens nicht nur zur

Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte gehen, sondern auch an die die ukrainischen nationalistischen Organisationen.

Die Erklärung der polnischen Seite befördert Frieden und Stabilität nicht, sondern provoziert eine Eskalation der Lage und treibt Kiew dazu, einen Genozid an der Bevölkerung des Donbass zu beginnen. Wir meinen, dass die Handlungen Warschaws nicht nur mit dem Vorsitz sondern auch mit der Mitgliedschaft Polens in der OSZE unvereinbar sind.

Die Leitung Volksmiliz wird weiter alle Veränderungen in der Lage an unseren Grenzen verfolgen und Sie über alle wichtigsten Veränderungen informieren.

nachmittags:

de.rt.com: **Afrikanische Union setzt Debatte über Israels Akkreditierung aus**

Eine für den 6. Februar angesetzte Debatte über die Akkreditierung Israels in der Afrikanischen Union wurde ausgesetzt. Vor allem Algerien und Südafrika sehen Israels Rolle kritisch – sie widerspreche den Erklärungen der Organisation zur Unterstützung der Palästinenser.

Die für den 6. Februar auf dem Gipfel der Afrikanischen Union (AU) geplante Debatte über die Akkreditierung Israels bei der Organisation wurde "ausgesetzt". Nun soll ein Komitee das weitere Vorgehen in der Causa Israel beraten, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtete.

"Die Israel-Frage wurde vorerst ausgesetzt und stattdessen wird ein Komitee eingesetzt, das sich mit der Frage befassen wird", sagte einer der von AFP befragten Diplomaten am Rande des AU-Gipfels, der bis zum 6. Februar in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba stattfindet. Die Verschiebung verhinderte eine mögliche Abstimmung. Im Juli des

vergangenen Jahres hatte der Staatenbund mit Sitz in Äthiopiens Hauptstadt Israel einen "Beobachterstatus" eingeräumt. Israelische Vertreter sprachen von einem "Tag der Freude".

Doch die Entscheidung, die vom ehemaligen Premierminister des Tschad und amtierenden Vorsitzenden der Kommission der Afrikanischen Union, Moussa Faki, getroffene Entscheidung sorgte für große Unruhe in der Organisation.

Nach Ansicht vieler Analysten könne die Rolle Israels zu einer beispiellosen Spaltung in der Geschichte der Union führen. Die Afrikanische Union feiert dieses Jahr ihr 20-jähriges Bestehen. Seit mehreren Monaten wird die Entscheidung, Israel zu akkreditieren, von mehreren Mitgliedstaaten, darunter Südafrika und Algerien, heftig kritisiert, da sie ihrer Meinung nach den Erklärungen der Organisation zur Unterstützung der palästinensischen Gebiete zuwiderläuft. In einer Rede am 5. Februar vor Dutzenden von afrikanischen Staatsoberhäuptern, die am Sitz der AU versammelt waren, forderte der palästinensische Premierminister Mohammed Shtayyeh, die geplante Akkreditierung des jüdischen Staates aufzugeben.

"Israel sollte niemals für seine Verstöße und für das Apartheidregime, das es dem palästinensischen Volk auferlegt, belohnt werden", sagte der Premierminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, die seit 2013 bei der AU akkreditiert ist, und übernahm damit eine Formulierung aus einem Bericht von Amnesty International, der diese Woche veröffentlicht wurde. Kurz zuvor hatte Moussa Faki in seiner Rede zur Eröffnung des Gipfels seine Wahl verteidigt und zu "einer sachlichen Debatte" aufgerufen. Er versicherte, dass das Engagement der AU für das "Streben nach Unabhängigkeit" der Palästinenser "unveränderlich ist und nur weiter gestärkt werden kann". Allerdings könne die Akkreditierung Israels seiner Meinung nach "ein Instrument im Dienste des Friedens" darstellen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6200e541b480cc16817e1491.jpg>

novorosinform.org: Die ukrainische Armee griff ihre eigenen Stellungen im Donbass an. Es gibt Verwundete

Ein unbemanntes Luftfahrzeug der Streitkräfte der Ukraine hat ein Projektil auf befreundete Stellungen abgeworfen.

Nach Angaben des "Öffentlichen Nachrichtendienstes" unter Berufung auf den Pressedienst der Volksmiliz der Volksrepublik Lugansk griffen Einheiten der Streitkräfte der Ukraine ihre eigenen Stellungen mit einer Drohne an. Es wird berichtet, dass infolge eines Granattreffers zwei ukrainische Soldaten ins Krankenhaus eingeliefert wurden.

Auch die Volksmiliz meldete andauernde Bewegungen von der ukrainischen Seite der Kontaktlinie im Donbass. Es wird darauf hingewiesen, dass die Beamten die Telefone der Soldaten beschlagnahmt haben, um das Durchsickern von Informationen über die Vorbereitung einer Offensive gegen die Volksrepubliken Donezk und Lugansk zu verhindern. Inzwischen wurden auch polnische Ausbilder und Söldner gesichtet, die gegen die DVR und LPR kämpfen.



https://novorosinform.org/content/images/83/95/38395_720x405.jpg

de.rt.com: Russland: Keine Quarantäne mehr für Corona-Kontaktpersonen

Wer in Russland kürzlich mit Corona-Infizierten Kontakt hatte, aber symptomfrei bleibt, muss künftig nicht mehr in Quarantäne. Wegen der sehr hohen Ansteckungszahlen habe die Quarantäne an Bedeutung verloren, teilte die Regierung mit.

Die russische Verbraucherschutzbehörde hat die siebentägige Quarantäne für symptomfreie Menschen aufgehoben, die Kontakt zu Corona-Infizierten hatten. Das entsprechende

Dokument trat am 6. Februar in Kraft. Die Leiterin der Behörde Anna Popowa erklärte, dass spezielle Maßnahmen bei einer so raschen Ausbreitung der Omikron-Variante an Bedeutung verlieren. Bisher mussten sich Bürger ab dem Datum des letzten Kontakts mit einem Infizierten mindestens sieben Kalendertage isolieren.

Nach Einschätzung von Experten wird Russland voraussichtlich Mitte Februar Corona-Höchstwerte verzeichnen. In den kommenden Wochen werde sich die Omikron-Variante auf alle Regionen des Landes ausbreiten, erklärte die Virologin Natalja Pschenitschnaja. Danach sei ein starker Rückgang der Zahlen zu erwarten, wie auch in anderen Ländern.

Der aktuelle Anstieg der Fallzahlen begann in Russland nach den Neujahrsfeiertagen. Die rasche Ausbreitung ist vor allem auf die Omikron-Variante zurückzuführen. In Moskau sind bereits 90 bis 95 Prozent aller Positivgetesteten mit dieser Variante infiziert, sagte Alexander Ginzburg, Leiter des Gamaleja-Zentrums.

Weitere Lockdowns schloss der russische Präsident Wladimir Putin vergangene Woche aus. Ganz im Gegenteil: Unter Berücksichtigung der Omikron-Variante könnten einige Maßnahmen künftig sogar wieder wegfallen.

Innerhalb von 24 Stunden meldete der Krisenstab fast 172.000 neue Corona-Fälle. Die meisten Neuinfektionen gibt es nach wie vor in Moskau und Sankt Petersburg. Die Todeszahlen liegen dabei deutlich unter dem Durchschnitt aus dem Vorjahr, auch die Krankenhauseinweisungen sinken.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6200f380b480cc2d7a797685.jpg>

dan-news.info: In der Uliza Postyschewa im Durchgang zwischen den Häusern 68 und 70 wurde eine verdächtige Aktentasche, die mit Klebeband umwickelt ist, gefunden. Vor Ort arbeiten Spezialdienste. Die Menschen werden evakuiert, teilte der Bürgermeister von Donezk Alexej Kulemsin mit.

sputnik.by: **Das Handelsvolumen zwischen Russland und Weißrussland ist im Jahr 2021 um fast 35 % gewachsen**

Der Anteil von Belarus am russischen Außenhandelsumsatz ist trotz des Volumenwachstums im Vergleich zu 2020 um 0,1 % zurückgegangen.

Der Handelsumsatz zwischen Russland und Weißrussland stieg im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2020 um 34,4 % und belief sich auf 38,427 Milliarden US-Dollar, teilte der Föderale Zolldienst der Russischen Föderation in einer Erklärung mit.

Gleichzeitig erreichten die russischen Exporte nach Weißrussland 22,802 Milliarden Dollar (Steigerung um 42,7%), die Importe in die Russische Föderation aus Weißrussland beliefen sich auf 15,625 Milliarden (Steigerung um 24%).

Es ist interessant, dass trotz des allgemeinen Wachstums des Handelsvolumens zwischen den

Ländern der Anteil von Belarus am russischen Außenhandelsumsatz von 5 % im Vorjahr auf 4,9 % gesunken ist.

Nach offiziellen Angaben von Belstat belief sich der Handelsumsatz zwischen Weißrussland und Russland im Jahr 2020 auf 29,5 Milliarden US-Dollar. Damit ging er im Vergleich zum Stand von 2019 um 17,3 % zurück.

Statistiken über den gesamten Außenhandelsumsatz von Belarus sind derzeit nur für 11 Monate im Jahr 2021 verfügbar. Die Republik handelte von Januar bis November letzten Jahres 70,8 Milliarden Dollar.

Der traditionell negative Saldo des Warenhandels wurde auf ein bisheriges Minimum von 120 Millionen Dollar reduziert. Ende 2020 überstieg diese Zahl noch 1,4 Milliarden US-Dollar.



https://cdn11.img.sputnik.by/img/07e5/08/0d/1055644415_0:0:800:451_1920x0_80_0_0_08b1f5b3cc45e0f90d4cb0c372701424.jpg

snanews.de: **In diesem Fall folgen der „russischen Aggression“ Sanktionen – Bundesregierung antwortet SNA**

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat am Wochenende in der ARD „sehr harte Sanktionen“ gegen Moskau versprochen, falls „das notwendig wird“. Öfter spricht die Bundesregierung hier von einer „russischen Aggression“ gegenüber der Ukraine als Voraussetzung – oder Vorwand für Sanktionen. Welche „Aggression“ meint die Bundesregierung damit genau? Manchmal heißt es „Beitrag zur Eskalation“ und manchmal auch „geopolitisches Fehlverhalten“. Nicht zuletzt stellte Scholz am Wochenende auch den Stopp der Gasprojekte in Aussicht. „Nichts ist dabei ausgeschlossen“, sagte er auf die Frage zu Nord Stream 2, ohne die Gaspipeline direkt zu nennen. Deshalb hat SNA auf der Bundespressekonferenz am Montag die Bundesregierung um eine Klarstellung gebeten. In welchem Fall würden also die angedrohten Sanktionen ergriffen?

Ohne auf die Frage direkt zu antworten, wies die stellvertretende Regierungssprecherin Christiane Hoffmann (für die Grünen) zurück, dass es um Vorwände für Sanktionen gehe – sondern es sei ganz klar, dass „Sanktionen nur im Falle einer russischen Aggression erlassen werden“. Diese „harten Sanktionen“, so Hoffmann weiter, werden in Abstimmung „mit unseren Bündnispartnern in Europa und auch auf der anderen Seite des Atlantik“ folgen, falls es zu einer Aggression komme. Man bemühe sich gleichzeitig jedoch sehr darum, „auf allen möglichen diplomatischen Kanälen dies zu verhindern“.

„Kein Anlass, die klare Position der Bundesregierung in Frage zu stellen“

Da aber die Antwort unvollständig ausfiel, fragte der Journalist Frank Jordans aus dem Saal nach. „Der Bundeskanzler sagt ja immer wieder: Das ist eine ganz klare Haltung der Bundesregierung in dieser Sache. Klar ist aber eigentlich gar nichts. Vor allem ist nicht klar, zum Beispiel, was Sie als russische Aggression definieren.“

„Das ist wiederholt gesagt worden, dass Sanktionen folgen würden im Falle einer Verletzung

der territorialen Integrität der Ukraine und der Souveränität der Ukraine“, antwortete Hoffmann darauf.

„Aber die hat es ja schon seit 2014 gegeben“, merkte der Journalist dazu an.

„Es bezieht sich aber nicht auf das, was wir bisher sehen. Dafür sind ja Sanktionen bereits in Kraft“, antwortete Hoffmann. „Die Bundesregierung und die EU haben ja auf die völkerrechtswidrige Annexion der Krim mit Sanktionen reagiert, die auch bis heute in Kraft sind, sondern es würde sich um eine weitere Aggression handeln, eine weitere Verletzung der Souveränität und Integrität der Ukraine.“

Auch der Sprecher des Auswärtigen Amtes Christofer Burger meldete sich zu der Frage. „Das sind auch keine Äußerungen, die Sie in dieser Form nur von der Bundesregierung hören, sondern das ist eine abgestimmte Haltung der gesamten westlichen Gemeinschaft“, sagte er. „Das sind Äußerungen, die Sie in genau derselben Form auch von unseren Partnern in der EU, in den USA, in den G7 und anderswo hören. In dieser Frage sind wir uns alle völlig einig, und deswegen gibt es auch sicherlich keinen Anlass, die klare Positionierung der Bundesregierung in irgendeiner Form in Frage zu stellen, sondern das ist eine Frage, in der wir uns mit all unseren Partnern völlig einig wissen.“

Am heutigen Montag ist Bundeskanzler Scholz zu einem Austausch mit US-Präsident Joe Biden über die Situation um die Ukraine gereist. Die Bundesinnenministerin ist ihrerseits in die Ukraine zu zweitägigen Gesprächen geflogen. Parallel treffen sich in Moskau Russlands Präsident Wladimir Putin und sein französischer Amtskollege Emmanuel Macron. Die Bundesregierung begrüße jede Initiative auch auf bilateraler Ebene, die die Situation um die Ukraine entschärfen und eine dauerhafte Lösung der Spannungen finden könnte, sagte Hoffmann dazu. Das gelte auch für die aktuellen Initiativen der Türkei, zwischen Moskau und Kiew zu vermitteln.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/07/5268478_0:78:2991:1760_1920x0_80_0_0_cd7523f4b72f58a69784c03b2473c3ba.jpg

de.rt.com: **Russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa schreibt bei Olympia Geschichte mit Vierfachsprüngen**

Die russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa hat am Montag bei den Olympischen Winterspielen in Peking Geschichte geschrieben, als sie als erste Frau bei Olympischen Spielen gleich zwei Vierfachsprünge zeigte. Russland gewann den Teamwettbewerb vor den USA.

Die erst 15-jährige russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa zeigte als erste Frau bei Olympischen Spielen gleich zwei Vierfachsprünge. Die Sprünge erfolgten im Mannschaftswettbewerb, als das Russische Olympische Komitee (ROC) Gold vor den USA (Silber) und Japan (Bronze) holte. Gegenüber Journalisten sagte Walijewa:

"Es war ziemlich überwältigend. Ich war sehr nervös, aber ich bin einfach nur froh, dass ich alle meine Elemente gut ausführen konnte."

Sie ergänzte:

"Mit einem Team wie diesem aufzutreten, bedeutet alles. Wir haben alle einen so guten Job gemacht. Ich bin sehr stolz auf mein Team."

Walijewa zeigte in der Kür zu Ravels "Boléro" einen [Vierfach-Salchow](#), bei dem vier komplette Drehungen in der Luft ausgeführt werden. Anschließend zeigte sie einen Vierfach-Toeloop und einen Dreifach-Axel in der gleichen Kür, stürzte jedoch beim zweiten Versuch. Überhaupt gelang erst einer Frau vor ihr ein Vierfachsprung: Die Japanerin Miki Andō sprang im Jahr 2002 einen vierfachen Salchow. Der Kanadier Kurt Browning war der erste Mensch, der bei den Eiskunstlauf-Weltmeisterschaften 1988 einen Vierfachsprung in einem Wettbewerb landete, so die offizielle olympische Website des kanadischen Teams.

Walijewa, die erst im vergangenen Jahr ihr Debüt bei den Senioren gegeben hatte und nun als Goldmedaillengewinnerin im Einzel gehandelt wird, gewann die Kür mit 178,92 Punkten – mehr als 30 Punkte vor der zweitplatzierten Japanerin Kaori Sakamoto. Mit dieser überlegenen Darbietung erreichte das ROC-Team insgesamt 74 Punkte und holte damit sein zweites Gold in Peking 2022. Die USA kamen auf 65 Punkte und Japan auf 63 Punkte.

Zuvor hatte Walijewa mit ihrem [Kurzprogramm](#) 90,18 Punkte erzielt und damit ihren bei den Europameisterschaften in Estland im vergangenen Monat aufgestellten Weltrekord von 90,45 Punkten übertroffen.

Am Sonntag sagte die amtierende Europameisterin, sie trete bei den Olympischen Spielen in Erinnerung an ihre verstorbene Großmutter auf, die ihr "so viel Energie" gegeben habe. Sie wird sich nun auf den Einzelwettkampf vorbereiten, der am 15. Februar beginnt.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/62011be248fbef466a793640.jpg>

ukrinform.de: **Hilfe für die Ukraine: 1,5 Mrd. Dollar und mehr als 1000 Tonnen Militärausrüstung – Kuleba**

Die Ukraine erhält derzeit die verstärkte sicherheitspolitische und wirtschaftliche Hilfe. Das erklärte Außenminister der Ukraine Dmytro Kuleba bei einer Online-Pressekonferenz am Montag.

Nach Worten des Ministers bleibt Kyjiw im ständigen Kontakt mit seinen Partnern und setzt die Festigung der internationalen Koalition zur Unterstützung der Ukraine fort. „Dank dieser Arbeit erhält die Ukraine die verstärkte sicherheitspolitische und wirtschaftliche Hilfe. Das gesamte Hilfevolumen überschritt in diesen Wochen und Monaten die Grenze von 1,5 Milliarden US-Dollar und das Gesamtgewicht der in die Ukraine gelieferten Verteidigungswaffen und Ausrüstung von mehr als 1000 Tonnen“, sagte er. Diese Rekordwerte haben Kuleba zufolge eine wichtige politische Bedeutung und unterstützen die

Positionen der Ukraine am Verhandlungstisch.



https://static.ukrinform.com/photos/2021_04/thumb_files/630_360_1618333740-100.jpg

de.rt.com: **Argentinien schließt sich Chinas Seidenstraßenprojekt an**

Der argentinische Präsident hat China einen offiziellen Besuch abgestattet. Hierbei besiegelte er die Teilnahme seines Landes an Pekings Projekt der Neuen Seidenstraße. China sicherte bereits 14 Milliarden US-Dollar für Infrastrukturprojekte in dem Land zu.

China und Argentinien haben eine Absichtserklärung über die Teilnahme des lateinamerikanischen Landes an Pekings milliardenschwerem Infrastrukturentwicklungsprojekt Belt and Road Initiative unterzeichnet. Das Dokument war Teil eines Pakets von Kooperationsvereinbarungen, die am Sonntag in Peking während des offiziellen Besuchs des argentinischen Präsidenten Alberto Fernandez unterzeichnet wurden. Argentinien ist das 21. Land Lateinamerikas, das sich offiziell der von China geleiteten Initiative anschließt und das erste der drei größten regionalen Volkswirtschaften, zu denen auch Brasilien und Mexiko gehören.

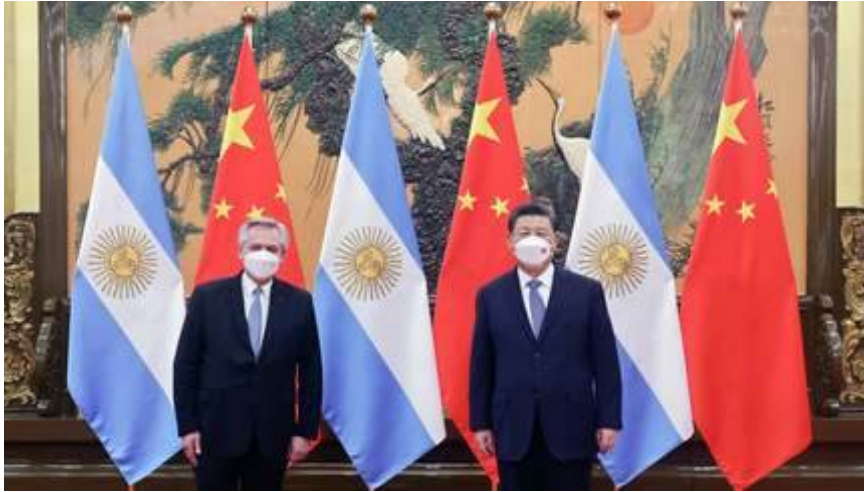
Angesichts der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern war dieser Schritt schon lange erwartet worden. China löste Brasilien im Jahr 2020 als größten Handelspartner Argentiniens ab, nachdem der regionale Handel aufgrund der COVID-19-Pandemie zurückgegangen war. Das Reich der Mitte ist nicht nur ein Lieferant verschiedener Waren für Argentinien, sondern auch ein wichtiger Absatzmarkt für den argentinischen Agrarsektor, dessen wichtigste Exportgüter Sojabohnen und Rindfleisch sind.

Das erwähnte Memorandum legt einen Fahrplan für den weiteren Ausbau des Handels und anderer Formen der Zusammenarbeit zwischen China und Argentinien fest. Nach Angaben der argentinischen Regierung erklärte sich Peking bereit, mindestens 14 Milliarden US-Dollar in Infrastrukturprojekte in dem Land zu investieren, wobei eine zweite Tranche von 9,7 Milliarden US-Dollar in Vorbereitung sei.

Washington betrachtet die von Chinas Staatspräsidenten Xi Jinping im Jahr 2013 ins Leben gerufene Belt and Road Initiative, die auch als Neue Seidenstraße bekannt ist, als eine ernsthafte Herausforderung für seine Interessen in Lateinamerika. Die USA üben diplomatischen Druck auf befreundete Nationen aus, um sie von der Annahme der Gelder aus Peking abzubringen.

Gleichzeitig preist die US-Regierung die von den G7-Staaten geleitete Initiative Build Back Better World (B3W) als eine Alternative für Länder an, die sich von den Folgen der Pandemiemaßnahmen erholen wollen, und zwar im Rahmen einer "werteorientierten, qualitativ hochwertigen und transparenten Infrastrukturpartnerschaft" mit dem Westen.

Im vergangenen Monat schloss sich Nicaragua dem chinesischen Megaprojekt an, nachdem es die diplomatische Anerkennung Taiwans aufgegeben hatte und eine Partnerschaft mit Peking eingegangen war.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6201124db480cc5bd1409d56.jpg>

snews.de: **Volksrepublik Donezk meldet Ankunft polnischer Söldner im Donbass**

Polnische Söldner sind nach Angaben der Volksmiliz der selbsterklärten Volksrepublik Donezk in den von Kiew kontrollierten Gebieten im Donbass eingetroffen.

„Die Aufklärung der Volksmiliz der Volksrepublik Donezk hat Informationen über die Ankunft polnischer Söldner im Gebiet der so genannten Operation der kombinierten Kräfte (des Militäreinsatzes im Osten des Landes – Anm. d. Red.) der ukrainischen Streitkräfte erhalten“, teilte ein Sprecher der Volksmiliz gegenüber Reportern mit.

So seien in der Nähe der Stadt Popasna (ukrainisch auch: „Popasna“ – Anm. d. Red.), im Gebiet Lugansk in der Ostukraine, zwei bewaffnete Gruppen gesichtet worden. Jede Gruppe sei bis zu 20 Mann stark, die Mitglieder der Gruppen hätten „gemischte Kleidung taktischer Art“ getragen.

„Es wurde festgestellt, dass die betreffenden Personen Polnisch sprechen und gekommen sind, um Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der 24. mechanisierten Brigade zu erfüllen“, sagte der Sprecher. Die Aufgabe der Söldner sei, gemeinsam mit Einheiten der ukrainischen Spezialtruppen gezielte Sabotage- und Terrorakte durchzuführen, die darauf abzielten, die kritische und die soziale Infrastruktur lahmzulegen und die örtliche Bevölkerung einzuschüchtern.

Die Volksmiliz gehe davon aus, dass die Söldner vor einer möglichen Offensive der ukrainischen Sicherheitskräfte versuchen würden, der zivilen Infrastruktur den größtmöglichen Schaden zuzufügen und somit die Truppen der Volksrepublik zu einer Gegenreaktion zu veranlassen.

„Die ukrainische Seite wird versuchen, diese Reaktion als Vorwand für den Beginn von Kampfhandlungen auszunutzen und sich in den Augen der Weltgemeinschaft auf diese Weise zu rechtfertigen. Die Polen kamen in die Ukraine unter dem Deckmantel von Ausbildern, die an einer Trainingsmission zur Schulung ukrainischer Soldaten teilnehmen sollen“, so der Sprecher weiter.

Polens Äußerungen mit OSZE-Vorsitz unvereinbar

Außerdem ging der Sprecher der Volksmiliz auf Warschauer Militärhilfe für Kiew ein.

„Zu Beginn dieses Jahres, als Polen den OSZE-Vorsitz übernahm, sagte Ministerpräsident Mateusz Morawiecki, dass Polen alles Notwendige für Frieden und Sicherheit in Europa tun werde“, erklärte der Sprecher. Einen Monat später habe der polnische Premier seine Absicht bekannt gegeben, Munition, Flugabwehrraketensysteme des Typs „Grom“ sowie Drohnen an die Ukraine zu liefern. Nach Angaben der Führung der Donezker Volksmiliz werden mit diesen Waffen nicht nur die ukrainischen Streitkräfte, sondern auch nationalistischen Organisationen ausgerüstet.

„Die Äußerungen der polnischen Seite tragen weder zum Frieden noch zur Stabilität bei,

sondern provozieren eine Eskalation der Lage und veranlassen Kiew dazu, ein Genozid an der Bevölkerung des Donbass zu beginnen“, betonte der Sprecher der Donezker Volksmiliz. Die Aktivitäten der polnischen Regierung seien weder mit dem OSZE-Vorsitz Polens noch mit der Mitgliedschaft des Landes in der Organisation vereinbar.

Nationalistische Kämpfer in der Region

Zudem sollen nach Angaben der Volksmiliz auch Mitglieder der nationalistischen Organisation „Rechter Sektor“ in der Region eingetroffen sein.

Demnach sind zwei Einheiten, jeweils 70 bis zu 80 Mann stark, in den Standorten der 54. separaten mechanisierten Brigade und der 56. separaten motorisierten Infanteriebrigade angekommen. „Alle Kämpfer haben Kampferfahrung und wurden von britischen Ausbildern trainiert“, hieß es.

Die nationalistischen Kämpfer würden in Einheiten geschickt, deren Stellungen sich in der Nähe der Frontlinie nördlich und westlich von Donezk befinden.

„Das ukrainische Kommando führt nicht nur die Verstärkung seiner Gruppierung in der Nähe der Hauptstadt der Volksrepublik Donezk durch, sondern es formiert auch Angriffsgruppen aus ideologisch motivierten Nationalisten, die Kampfhandlungen in der Stadt führen und ohne Rücksicht auf Todesopfer in der Zivilbevölkerung ihre Aufgaben erfüllen sollen“, warnte der Sprecher.

Donezk: Soldat der Volksmiliz durch ukrainischen Scharfschützen getötet

Am Sonntag hatte die Donezker Volksmiliz berichtet, dass ein Soldat im Dorf Werchnetorezkoje (ukrainisch auch: Werchnjotorezke) beim gezielten Feuer eines ukrainischen Scharfschützen getötet worden sei.

Mitte Januar hatte der Sprecher der Donezker Volksmiliz, Eduard Basurin, mitgeteilt, in der Nähe der Berührungslinie im Donbass sei ein Anstieg der Zahl ukrainischer Scharfschützen festgestellt worden.

Im Sommer 2020 waren im Donbass zusätzliche Maßnahmen zur Sicherung des Waffenstillstands in Kraft getreten. Diese verbieten jeglichen Beschuss, die Stationierung von Waffen in bewohnten Gebieten sowie in deren Nähe und die Abhaltung von Sabotageakten, Angriffs- und Aufklärungsmaßnahmen.

Konflikt im Donbass

Der bewaffnete Konflikt in der Ostukraine dauert seit fast acht Jahren an und hat nach Angaben der Vereinten Nationen mehr als 13.000 Menschen das Leben gekostet; rund 44.000 weitere Menschen sollen verletzt sein worden. Die Regelung des Konflikts wird bei Treffen der Kontaktgruppe in der belarussischen Hauptstadt auf der Grundlage der Minsker Abkommen erörtert. Das Dokument sieht eine Verfassungsreform, einen Waffenstillstand und den Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie vor.

Inzwischen hat Kiew einen Großteil der Armee an der Grenze zu den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zusammengezogen. Die ukrainischen Regierungstruppen beschießen die Milizen regelmäßig, auch mit Hilfe von verbotenen Waffen.

Moskau hat westliche Länder mehrmals dazu aufgefordert, keine Waffen mehr in die Region zu liefern, da diese Lieferungen Kiew zu militärischen Abenteuern provozieren könnten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5270416_0:0:3115:1753_1920x0_80_0_0_73d2298063f418dfbf8ada42f73d4ae.jpg

snanews.de: **Nach Unruhen: 35 Mitglieder verbotener extremistischer Organisationen in Kasachstan festgenommen**

Unter den in Kasachstan festgenommenen Randalierern sind laut dem Vertreter der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Risabek Odscharow 35 Mitglieder verbotener extremistischer Organisationen.

„Bis heute sind 35 Mitglieder verbotener extremistischer Bewegungen unter den Verhafteten“, sagte Odscharow am Montag bei einem Briefing.

So wurde ihm zufolge eine Gruppe kriminell orientierter Mitglieder einer zerstörerischen religiösen Bewegung in der kasachischen Hauptstadt, Almaty, festgenommen.

„Während der Festnahme wurden einsatzbereite Schusswaffen gefunden. Sie (die Festgenommenen – Anm.d.Red.) koordinierten die Handlungen ihrer Gruppe. Dabei befand sich ein Teil auf den Barrikaden im unteren Teil der Stadt und der andere auf dem Platz“, erklärte Odscharow.

Außerdem habe das Nationale Sicherheitskomitee von Kasachstan (KNB) zwei seiner hochrangigen Mitglieder wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch festgenommen, sagte Odscharow.

Er erinnerte auch daran, dass das KNB bereits in Strafsachen wegen Hochverrats und versuchter Machtergreifung ermittle, bei denen der ehemalige Vorsitzende des Komitees und zwei seiner Stellvertreter in Gewahrsam genommen worden seien.

Einigen Sicherheitsbeamten in Kasachstan werde vorgeworfen, die Strafverfolgung während der Unruhen im Januar absichtlich blockiert zu haben, fügte Odscharow hinzu.

„Wir ziehen die Version in Betracht, dass einige Leiter von Strafverfolgungsbehörden absichtlich die Handlungen von Spezialeinheiten, die Recht und Ordnung gewährleisten sollten, blockiert haben. Auf der Grundlage dieser Tatsachen führen Sonderstaatsanwälte eine vorgerichtliche Untersuchung durch“, so Odscharow.

Mindestens 225 Menschen waren während der Ausschreitungen in Almaty und vielen anderen Städten Kasachstans in den beiden ersten Januarwochen nach Angaben der Staatsanwaltschaft getötet und 4578 weitere verletzt worden. Unter den Todesopfern waren 19 Sicherheitskräfte. Laut UN-Angaben gab es mindestens 1000 Verletzte.

Auslöser der Massenproteste, die schnell in blutige Krawalle umschlugen, war eine drastische Erhöhung der Flüssiggaspreise an den Tankstellen. In der Millionenstadt Almaty gab es Plünderungen, Überfälle auf Einrichtungen und Waffenlager. Daraufhin verhängte Präsident Kassym-Schomart Tokajew den Ausnahmezustand und bat die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) um Hilfe im Kampf gegen die „Terroristen“.

Das postsowjetische Militärbündnis, dem neben Kasachstan auch Russland, Weißrussland, Armenien, Kirgisistan und Tadschikistan angehören, schickte umgehend Soldaten in das

zentralasiatische Land. Am 13. Januar wurde der Einsatz für beendet erklärt. Am 19. Januar teilte das kasachische Verteidigungsministerium mit, dass alle ausländischen OVKS-Truppen das Land bereits verlassen hätten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/06/4910300_0:135:1727:1106_1920x0_80_0_0_967c12da6fa8bf5102c72f797dc4a97c.jpg

novorosinform.org: **Selenskijs Treffen mit der deutschen Außenministerin in Kiew wurde plötzlich abgesagt**

Die Gespräche des ukrainischen Präsidenten mit Annalena Baerbock waren für Montag, den 7. Februar geplant.

Ein geplantes bilaterales Treffen zwischen der deutschen Außenministerin Annalena Baerbock und dem ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij wurde abgesagt.

Laut dem Telegrammkanal Klymenko Time waren der Grund für die plötzliche Absage des Treffens einige "Schwierigkeiten im Zeitplan".

Zuvor wurde berichtet, dass Baerbock es nach ihrer Ankunft in Kiew als schwierig bezeichnet habe, eine friedliche Lösung für die Ukraine zu finden.



https://novorosinform.org/content/images/84/31/38431_720x405.jpg

snanews.de: **Energie als Waffe „im geopolitischen Spiel“ – EU-Chefdiplomat richtet Vorwurf an Russland**

Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat Moskau vorgeworfen, Energieexporte nach Europa als geopolitische Waffe einzusetzen. Vertreter der deutschen Bundesregierung bestätigten in jüngster Zeit allerdings mehrfach Russlands Vertragstreue in Bezug auf die Gas- und Energielieferungen.

Beim Ministertreffen im EU-US-Energierat in Washington am heutigen Montag sagte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell: „Wie Sie wissen, scheut Russland in seinem geopolitischen Spiel nicht davor zurück, Energielieferungen nach Europa als Waffe inmitten weltweit steigender Energiepreise einzusetzen.“

Er wolle nun die Zusammenarbeit der EU und der USA in Fragen der Energiesicherheit vorantreiben, so Borrell weiter. Außerdem habe er bereits mit Energieversorgern gesprochen: „Wir haben uns an unsere wichtigsten Energielieferanten gewandt, um sicherzustellen, dass die Lieferungen verlässlich, erschwinglich und geschützt bleiben – nicht nur für die EU, sondern auch für unsere Nachbarn: die Ukraine, Moldawien, den Westbalkan.“

Russland gilt in Europa seit Jahrzehnten als ein absolut zuverlässiger Energielieferant. Nicht nur der russische Energiekonzern Gazprom erklärte angesichts der stark gestiegenen Energiepreise in Europa, seine vertraglichen Verpflichtungen gegenüber den europäischen Versorgern in vollem Umfang zu erfüllen. Auch Vertreter der deutschen Bundesregierung bestätigten Russlands uneingeschränkte Vertragstreue in Bezug auf die Gaslieferungen auch vor dem Hintergrund der aktuellen Preisexplosion auf dem europäischen Gasmarkt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/0e/5013009_0:0:3073:1728_1920x0_80_0_0_cd471ba1460ea893c00160c1a9c5c690.jpg

abends:

snanews.de: **Baerbocks Besuch in Kiew: Selenski sagt geplantes Treffen ab**

Entgegen einer ersten Ankündigung wird Bundesaußenministerin Annalena Baerbock bei ihrem Besuch in Kiew doch nicht mit dem ukrainischen Staatspräsidenten Wladimir Selenski zusammenkommen.

Die Grünen-Politikerin spricht stattdessen mit Ministerpräsident Denis Schmyhal, wie aus ihrer Delegation in Kiew mitgeteilt wurde. Als Grund wurden terminliche Schwierigkeiten genannt.

Nach Angaben des deutschen Senders N24 wurde das Treffen auf Initiative der ukrainischen Seite abgesagt.

Zentrales Thema des zweiten Ukraine-Besuchs Baerbocks innerhalb von drei Wochen ist der Konflikt mit Russland. Angesichts der Berichte über einen russischen Truppenaufmarsch in der Nähe der Ukraine äußern westliche Staaten die Befürchtung, dass Moskau eine militärische Invasion des Nachbarlandes plane. Russland dementiert das und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Mit Spannung wird erwartet, wie sich die Ministerin nach dem Gespräch mit Außenminister Dmitri Kuleba zu den jüngsten ukrainischen Waffenwünschen äußert. Die Bundesregierung lehnt Lieferungen in Krisengebiete strikt ab. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte am Sonntag, vor seinem Abflug zum Antrittsbesuch in Washington, das deutsche Nein bekräftigt.

Zuvor hatte die Ukraine eine Liste mit Waffenwünschen übermittelt.

Zum Auftakt der zweitägigen Reise besuchte Baerbock eine Gedenkstätte für die Opfer der Hungersnot 1932/33. Damals sollen auf dem Gebiet der heutigen Ukraine mindestens drei Millionen Menschen an Hunger gestorben sein. Am Abend wollte sich Baerbock ein Militärkrankenhaus ansehen, das von Deutschland mitfinanziert wird. Am Dienstag steht ein Abstecher in den Osten des Landes auf dem Programm, zur Frontlinie zwischen den Regierungstruppen und den von Russland unterstützten Kräften im Konfliktgebiet Donbass.



https://cdn1.snaneews.de/img/07e6/01/14/5076809_0:157:3073:1885_1920x0_80_0_0_a2fdbd2b7bcf020dd6dd22586328f317.jpg

snaneews.de: **Im Fall von Eskalation um die Ukraine: Deutschland zur Zahlung von hohem Preis bereit – Baerbock**

Außenministerin Annalena Baerbock hat bei ihrem Besuch in Kiew am heutigen Montag der Ukraine deutsche Solidarität zugesichert und Russland mit harten Konsequenzen im Fall einer Eskalation des Konflikts gedroht.

„Wir stehen ohne Wenn und Aber zur territorialen Integrität und Souveränität der Ukraine“, sagte Baerbock in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem ukrainischen Außenminister Dmitri Kuleba. „Es steht derzeit nicht weniger auf dem Spiel, als der Frieden in Europa. In dieser brandgefährlichen Situation ist unsere größte Stärke unsere Einigkeit.“ Die Solidarität Deutschlands „gilt der Ukraine als Staat, sie gilt vor allen Dingen den Menschen in der Ukraine“.

„Wir werden alles dafür tun, dass es zu keiner weiteren Eskalation kommen wird“, versprach die Grünen-Politikerin.

„Die Verantwortung, der Ball, liegt im Feld von Moskau, es ist an ihnen diese Situation zu entschärfen“, so Baerbock.

Es gebe „jederzeit die Bereitschaft zum ernsthaften Dialog mit Russland, aber auch absolute Klarheit darüber, dass es Konsequenzen und Härte hätte, falls es zu einer weiteren Aggression gegen die Ukraine kommen würde“.

Deutschland sei das mit Russland wirtschaftlich am engsten verbundene Land des Westens, betonte Baerbock. Wenn erforderlich, werde Deutschland dann auch die Konsequenzen tragen.

„Wir sind selbst bereit, einen hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen“, so Baerbock weiter.

Kuleba: Anknüpfungspunkte beim Thema Waffenlieferungen gefunden

Kuleba sagte zum Thema Waffenlieferungen, dazu gebe es bekanntlich unterschiedliche Ansichten. Vergangene Woche hatte die Ukraine der Bundesregierung eine Liste mit Waffenwünschen übermittelt. Kanzler Olaf Scholz (SPD) bekräftigte jedoch das deutsche Nein.

„Heute haben wir Anknüpfungspunkte gefunden und warten auf die Entscheidung der deutschen Regierung“, sagte Kuleba in der Pressekonferenz mit Baerbock. „Weder während des heutigen Treffens noch vorher hat Annalena mich zu irgendwelchen Zugeständnissen gedrängt.“ Kiew beharre weiter auf seinen roten Linien. Dazu gehöre, dass es keinen direkten Dialog mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk in der Ostukraine gebe.

Baerbock war bereits im Januar in der Ukraine. Bei der jetzigen Reise will sie unter anderem ein von Deutschland mitfinanziertes Militärkrankenhaus in Kiew besuchen. Am Dienstag will Baerbock in den Osten der Ukraine reisen, wo sie die Frontlinie im Konfliktgebiet Donbass besichtigen will.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/02/07/5273485_0:0:2854:1606_1920x0_80_0_0_49dd88b925e3a20fd8c1b5ed9d769240.jpg